

Die Genfer Frauenrechtlerinnen zu Beginn des 20. Jahrhunderts und ihre Beteiligung am Bildungsdiskurs

Sylvia Bürkler

Die Frauenbewegungen haben wesentliche Beiträge zur gesellschaftlichen Entwicklung und zur Demokratisierung im 20. Jahrhundert geleistet. Von Beginn an waren sie nicht nur lokal und national ausgeprägt, sondern auch international vernetzt. Frauen unterschiedlicher Herkunft organisierten sich, um Forderungen nach Gleichheit beispielsweise beim Stimm- und Wahlrecht oder beim Recht auf Arbeit durchzusetzen, aber auch um die Anerkennung geschlechtsspezifischer Differenzen, etwa beim Mutterschaftsschutz zu erreichen. Die Frauenbewegungen knüpften dabei an die in der Französischen Revolution erstmals gesellschaftlich zum Durchbruch gelangten Forderungen nach Freiheit, Gleichheit und Solidarität an (Lenz 2004, S. 665ff.). In der Schweiz hatte sich Genf ab Mitte des 19. Jahrhunderts zu einem Zentrum der Frauenbewegung entwickelt. Der vorliegende Beitrag untersucht die Einflüsse der Frauenbewegung in Genf und der französischsprachigen Schweiz auf den Bildungsdiskurs. Dabei stehen folgende Fragestellungen im Mittelpunkt: Wie hat sich in diesem kulturellen Kontext der Bildungsdiskurs entwickelt? In welchem Rahmen gelang es Frauen, bildungspolitische, berufsständische, soziale und frauenrechtlerische Themen zu platzieren und auch durchzusetzen? Aus welchen Positionen heraus agierten Frauen und Männer? Welchen Einfluss hatten Netzwerke, wenn davon ausgegangen werden kann, dass sich auf diese Weise partikuläre Ziele besser realisieren lassen als durch nicht-koordiniertes Handeln?

Die Grundlage der Analyse bildet das Bulletin im Organ der westschweizerischen Lehrerinnen- und Lehrerorganisation (*Éducateur et bulletin corporatif de la Société pédagogique de la Suisse romande*)¹ in der Zeit zwischen 1890 und 1930. Als erstes werden die Protokolle der Frauensektion der Vereinigung der Genfer Pädagogen dahingehend analysiert, in welchen themati-

1 Das Bulletin corporatif de la Société pédagogique de la Suisse Romande erschien von 1921 bis 1930 als unabhängiges Medium, da die „Société pédagogique de la Suisse Romande“ mit der Redaktion des „Éducateur“ nicht mehr einverstanden war.

schen Feldern sich die Aktivitäten der Frauensektion bewegt hatten. Im Anschluss wird, ausgehend von den Akteuren, das Quellenmaterial mittels einer Netzwerkanalyse untersucht. Die Netzwerkanalyse verfolgt einerseits eine relationale Perspektive, bei der es vor allem um Interaktionsstrukturen und die Abbildung von Austausch-, Beeinflussungs- und Machtprozessen in interorganisatorischen Beziehungen geht. Andererseits wird das Verhalten eines Akteurs im Hinblick auf dessen Position im Vergleich zu Positionen anderer Akteure in einem Netzwerk interpretiert. Mit der Darstellung dieses Netzwerkes kann aufgezeigt werden, dass eine sowohl fachliche wie auch personelle und institutionelle Vernetzung Auswirkungen auf den Diskurs haben kann.

1. Aufbruch zur politischen Frauenbewegung

1a. Der Frauenkongress von 1896

Zum ersten öffentlichen Auftritt von Frauen in der Schweiz mit einer allgemeinen frauenpolitischen Zielsetzung kam es 1896 am nationalen Frauenkongress anlässlich der Landesausstellung in Genf unter der Leitung von Camille Vidart (Sutter 1998, S. 7). Camille Vidart (1854-1930) war Professorin für französische Literatur. Sie übersetzte u.a. *Heidi* von Johanna Spyri ins Französische. Vidart war Feministin, überzeugt vom Geist der Gerechtigkeit, Gleichheit und Solidarität. Sie befasste sich sowohl theoretisch wie praktisch mit sozialen Problemen und engagierte sich für die Bildung der Frauen, damit diese ihre Aufgaben und Verantwortung im öffentlichen Leben wahrnehmen konnten. Vidart wird zugeschrieben, dass sie mit ihrem Referat am Frauenkongress erstmals ein gesamtschweizerisches Publikum erreicht und so den Beginn der schweizerischen Frauenbewegung markiert habe. Ihre Rede blieb leider nicht erhalten. In ihrer Bescheidenheit hatte sie als Redaktorin des Kongressberichtes ihre Rede nicht abgedruckt (Woodtli 1983, S. 68f.).

Der Kongress wurde auch von Männern besucht, die sowohl als Referierende als auch als Teilnehmende die Anliegen der Frauen unterstützten. In seinem Eröffnungsreferat betonte Eugène Richard, Regierungsrat und Bildungsdirektor des Staates Genf, dass die Frau bis heute nur für die Pflichterfüllung gelebt habe, jetzt aber auch Rechte erwerbe (Leuch-Reineck 1928, S. 23). Führende Männer, denen es mit der Verwirklichung demokratischer Prinzipien ernst war, traten für die Rechte der Frauen ein. So forderte etwa Louis Bridel, Professor an der Universität Genf, die Befreiung der Frau zum

Wohle der Gesellschaft und Familie (Leuch-Reineck 1928, S. 27). Er stellte die zivilrechtliche Gleichstellung in den Vordergrund. Dieses Anliegen wurde in den zwanziger Jahren von der Frauensektion der Vereinigung der Genfer Pädagogen erneut aufgegriffen. Dass die Bildung wichtig war für die Gleichstellung der Frauen wird dadurch deutlich, dass sich der Kreis der teilnehmenden Männer aus der Bildungspolitik, aus Verantwortlichen für Erziehung und Bildung oder aus Wissenschaftlern der sozialen oder philosophischen Disziplinen zusammensetzte. Es könnte auch umgekehrt interpretiert werden, dass gerade Männer aus diesem Kreis sensibilisiert für Frauenfragen waren. Der Kongress war Auslöser, um 1900 den „Bund Schweizerischer Frauenvereine“ („Alliance de Sociétés féminines suisse“) zu gründen.

1b. Die Frauen organisieren sich für ihre politischen Rechte

Helene von Mülinen (1850-1924) war eine der wichtigsten Mitstreiterinnen um das Frauenstimmrecht. Zusammen mit Emma Pieczynska-Reichenbach (1854-1927), ihrer Lebensgefährtin, gründete sie die „Symphonische Gesellschaft“, gedacht als intellektuelle Austauschrunde für Frauen. Emma Pieczynska-Reichenbach lernte 1881 die amerikanische Ärztin und Frauenrechtlerin Harriet Clisby kennen, die sie mit den Ideen der Frauenrechtsbewegung vertraut machte. Während ihres Medizinstudiums, das sie krankheitshalber unterbrechen musste, reiste sie 1889 in die USA, wo sie mit organisierten Frauenbewegungen in Kontakt kam. Auch sie war Teilnehmerin des ersten „Schweizerischen Kongress für die Interessen der Frau“. Ihre Beschäftigung mit Fragen zur öffentlichen Erziehung führte 1906 zur Mitbegründung der Schweizerischen Konsumentenliga und 1915 zur Beteiligung an der Nationalen Erziehungskommission.

Von Mülinen initiierte zusammen mit Pieczynska und anderen Frauen 1900 die Gründung des Bundes Schweizerischer Frauenvereine, dessen Präsidentin sie bis 1904 war und bis 1920 dessen Vorstand angehörte. Gegen ursprüngliche Widerstände schaffte sie es, die bürgerliche Frauenbewegung und die Arbeiterinnenbewegung unter einem Dachverband zu vereinen.

Von Mülinen erkannte, dass die Frauen in der ganzen Schweiz mit den gleichen Problemen konfrontiert waren, wie etwa der Diskriminierung der Frauen in den Bereichen Zivilrecht und Arbeitsrecht, in Bezug auf die politischen Rechte sowie im Bildungsbereich. Ihr schien es daher dringend erforderlich, diese Probleme auch gemeinsam anzugehen um sich gegenseitig zu stützen und den gesellschaftlichen und politischen Einfluss der Frauen zu stärken.

Bevor sich Frauenorganisationen in der Schweiz zu einem nationalen Bund von Frauenvereinen zusammenfanden, waren die vielfältigen Aktivitäten einzelner Frauenorganisationen für verschiedene gesellschaftliche und politische Anliegen nicht miteinander verbunden. Überregionale gemeinnützige und moralreformerische Frauenorganisationen entstanden unter anderem in den späten 1870er Jahren im Kampf gegen die Prostitution. Im Anschluss an die Gründungskonferenz der internationalen Föderation zur Abschaffung der Prostitution in Genf im Jahre 1877 wurde der Schweizerische Frauenbund zur Hebung der Sittlichkeit ins Leben gerufen. Aus dieser abolitionistischen Bewegung heraus bildete sich 1891 auf Anregung von Emma Pieczynska-Reichenbach und Camille Vidart die „Union des femmes de Genève“, die sich für die wirtschaftliche und rechtliche Besserstellung der Genferinnen engagierte. Die schweizerische Vereinigung war den Genferinnen zu wenig progressiv – sie wollten nicht die Prostitution, sondern deren Ursache bekämpfen. Die „Union des femmes“ wurde zu einer treibenden Kraft bei der Gründung einer Schweizerischen Dachorganisation für Frauenvereine. Sie unterhielt auch Verbindungen zur Frauensektion der Vereinigung der Genfer Pädagogen.

1c. Veränderungen in der sozialen Situation und die Konsequenzen für den Bildungsdiskurs

Die Auswirkungen des Ersten Weltkrieges prägten auch in der Schweiz das politische, soziale und ökonomische Leben, obwohl diese von kriegerischen Auseinandersetzungen verschont blieb. Die Arbeitssituation für Frauen war schlecht, einerseits war für sie zu wenig Erwerbsarbeit vorhanden und andererseits stand ihnen keine qualifizierte Ausbildung zu. Die Frauenvereinigungen reagierten auf dieses veränderte gesellschaftliche Umfeld. 1918 wurde in Genf die „Ecole Suisse d'Etudes sociales pour femmes“ (Hochschule für soziale Frauenberufe) gegründet. Ziele der Schule waren, durch Vorträge und Vorlesungen Frauen für Berufe vorzubereiten, bei den Frauen Interesse für aktuelle sozial-nationale Fragen zu erwecken und Bürgerinnen heranzubilden. Als eine wesentliche Voraussetzung zur Gleichstellung von Frau und Mann wurde die qualifizierende Ausbildung der Mädchen angesehen. Die Gründung der Hochschule wurde unter anderem von der „Union des femmes“ sowie von Emilie Gourd, Emma Pieczynska-Reichenbach, Pierre Bovet und Edouard Claparède unterstützt. Bovet und Claparède förderten die weibliche Erwerbstätigkeit ideell und konkret am „Institut Jean-Jacques

Rousseau“, wo sie in leitender Funktion tätig waren. Sie stellten auch eine Verbindung zwischen der neu gegründeten Institution und ihrem Institut her. Am „Institut Jean-Jacques Rousseau“, einem zuerst privat organisierten und später in die Universität integrierten erziehungswissenschaftlichen Institut, lehrten und forschten sowohl Frauen wie Männer. Die Philosophie des Instituts war, eine freie Institution zu sein, offen für alle, unabhängig von Nationalität und Geschlecht. Die Ausbildung für pädagogische Berufe stand neben der Forschung im Vordergrund. Das Institut vermittelte pädagogische Techniken und praktische Erfahrungen, die auch an der institutseigenen Versuchsschule gemacht wurden. Als weitere Aufgabe sah das Institut die weltweite Information über pädagogische Innovationen und organisierte in diesem Rahmen auch Kongresse zu Erziehungsfragen (Éducateur 1912, S. 201ff.).

Im März 1922 traf sich die „Kommission für die Nationalerziehung“ (Commission d'Éducation nationale), einer Untergruppe des Bundes Schweizerischer Frauenvereine, unter der Leitung von Emma Pieczynska-Reichenbach in Bern zur Frage der Mütterbildung. Aus dieser schweizerischen Kommission heraus bildete sich eine Gruppierung in Genf, die sich an Mütter richtete, an Lehrerinnen, die Mädchen oder Frauen unterrichten sowie an Angehörige von Institutionen der sozialen Arbeit für Frauen. Ansprechperson dieser Gruppierung war Alice Descoeudres. Sie berichtete im „Éducateur“, dass eine analoge Gruppierung in Lausanne bereits bestehe und warb für eine Versammlung, die in Zusammenarbeit mit Lausanne durchgeführt wurde. An dieser Versammlung werde Emma Pieczynska-Reichenbach über die Erziehung zur Mutter sprechen, Ausdrücklich waren auch Männer dazu eingeladen, um ihre Anliegen, Erfahrungen und Meinungen einzubringen. An den „Journées de l'enfance et de préparation maternelle“ (Tagung zur Kindheit und zur Vorbereitung auf die Mutterrolle) im April 1923 in Lausanne nahmen mehr als 600 Personen teil. Unter anderen trugen Emma Pieczynska-Reichenbach, Emilie Gourd, Louise Lafendel (1872-1971) und Alice Descoeudres (1877-1963) vor (Bulletin corporatif 1924, S. 107). Die vortragenden Frauen standen in bildungs- oder frauenpolitischen Schlüsselpositionen.

Emilie Gourd (1879-1946) war Professorin für Geschichte. 1903 schloss sie sich der „Union des femmes“ in Genf an und wurde dort mit sozialen Problemen wie der Heimarbeits- und der Wohnungsfrage konfrontiert. Als Pionierin für das Frauenstimmrecht präsiidierte sie von 1911 bis 1946 den Genfer Frauenstimmrechtsverein. 1912 gründete sie die Zeitschrift „Mouvement féministe“, die sie ihr Leben lang leitete. Von 1914 bis 1928 war sie Präsidentin des „Schweizerischen Verbandes für Frauenstimmrecht“. 1923 wählte man sie in den Vorstand des „Weltbundes für Frauenstimmrecht und

staatsbürgerliche Frauenarbeit“. Lange arbeitete sie in der Redaktion des „Jahrbuches für Frauenarbeit“ mit. Ab 1925 fungierte sie als Sekretärin des „Bundes Schweizerischer Frauenvereine“. Louise Lafendel eröffnete zusammen mit Mina Audemars 1913 das „Maison de petits“, um die psychologischen Ideen des „Institut Jean-Jacques Rousseau“ anzuwenden. Im „Maison des petits“ wurden Kinder der Vorschule gemeinsam mit Kindern der Grundschule unterrichtet.

Alice Descoedres schloss 1895 mit dem Diplom in Pädagogik ab und machte anschließend ein Praktikum beim Neuropsychiater Ovide Decroly in Brüssel. Von 1909-1937 unterrichtete sie an einer Sonderschule, parallel dazu von 1912-1947 am Institut Jean-Jacques Rousseau in Genf. Zudem war sie Mitarbeiterin des „Éducateur“ und der „Archives de psychologie“, einer Zeitschrift, die von Théodore Flournoy und Édouard Claparède, beide aus dem Kreis des Institut Jean-Jacques Rousseau stammend, gegründet wurde. Unzählige Aufsätze von ihr erschienen in weiteren Zeitschriften in allen Sprachregionen der Schweiz und auch im Ausland. Sie publizierte viele Bücher im sonderpädagogischen Bereich, die breit rezipiert und in mehrere Sprachen übersetzt wurden. Das Engagement dieser Frauen lässt sich anhand der Protokolle der Frauensektion der Vereinigung der Genfer Pädagogen gut nachzeichnen.

2. Die Aktivitäten der Genferinnen in der Frauensektion der Vereinigung der Genfer Pädagogen

2a. Dokumentation und Reichweite der Aktivitäten

Protokolle der Frauensektion der Vereinigung der Genfer Pädagogen erschienen erstmals im Dezember 1917 im „L'Éducateur“. Auf Grund dieser Protokolle, die in regelmäßigen Abständen im „L'Éducateur“ und später im „Bulletin corporatif de la Société pédagogique de la Suisse Romande“, erschienen, können die Aktivitäten der Genfer Lehrerinnen rekonstruiert werden. Das Bulletin, Organ der westschweizerischen Lehrerinnen- und Lehrerorganisation, erschien ab 1921 nicht mehr im *Éducateur* integriert. Im Unterschied zu den Lehrerinnen in der deutschen Schweiz hatten die Lehrerinnen in der Westschweiz kein eigenes Organ, wo sie ihre Anliegen ohne männliche Zensur² publizieren konnten. Einerseits mussten sich die Pädagoginnen

2 Die Redaktion des „Éducateur“ war mit Männern besetzt.

dadurch ihren Raum innerhalb des Organs erkämpfen, andererseits wurden sie so auch stärker von einem männlichen Publikum wahrgenommen. Die Analyse der Quellen zeigt, dass Beiträge zu gesellschaftspolitischen Fragestellungen vermehrt von Frauen geschrieben wurden. Trotz weiter anhaltender politischer Diskriminierung findet eine intensive Auseinandersetzung der Frauen mit den sozialstaatlichen Entwicklungen statt. Hier überlagern sich also das Eintreten für Frauenrechte und Sozialreformen. Dies ist jedoch kein Spezifikum der Genfer Entwicklungen. Gisela Bock (2000) hat diesen Zusammenhang in allgemeiner Form für die Frauenbewegung wie folgt beschrieben: „Soziale Reform und soziale Rechte waren integraler Bestandteil der Frauenbewegung insgesamt, hatte sich der Suffragismus mit dem Weg zum vollen Männerwahlrecht überlagert, so überlagerten sich die von und für Frauen anvisierte Sozialreform mit den Anfängen und der Konsolidierung des Sozialstaats“ (S. 216).

Die Genferinnen beteiligten sich auch an nationalen Veranstaltungen. So präsentierte Mina Audemars (1883-1971) am 2. Kongress des „Bundes Schweizerischer Frauenvereine“ in Bern einen Bericht über die neuen Erziehungsmethoden (*Éducateur* 1921, S. 285). Mina Audemars war Kindergärtnerin in Genf und Mitarbeiterin von Edouard Claparède, der sie 1913 mit der Gründung und Leitung des „Maison des Petits“ als „Versuchsschule“ des Institut Jean-Jacques Rousseau in Genf zusammen mit Louise Lafendel betraute. Zudem war sie Ausbilderin von Kleinkindererzieherinnen. Bekannt wurde sie durch ihren neuen pädagogischen Ansatz. Sie versuchte, die Fähigkeiten der Kinder unter Ausnutzung der natürlichen Freude an der Entdeckung zu fördern.

An die Jahreskonferenzen des „Bundes Schweizerischer Frauenvereine“ wurde jeweils ein Mitglied der „Section dames“ delegiert. Das Netz wurde nicht nur gesamtschweizerisch, sondern auch regional gepflegt. Wie erwähnt, bestanden Verbindungen zur „Union des femmes de Genève“; und nach einem Vortrag von Alice Descoedres über das „Institut Jean-Jacques Rousseau“ hatte die Frauensektion einstimmig beschlossen, als Kollektivmitglied der „Société des Amis de l’Institut Jean-Jacques Rousseau“ beizutreten (*Éducateur* 1921, S. 313). Auch später stellte Descoedres Verbindungen zum „Institut Jean-Jacques Rousseau“ her, wie z.B. das Protokoll der Sitzung vom 8. November 1922 festhält als sie zu öffentlichen und kostenfreien Vorträgen zur Kultur der mütterlichen Gefühle am Institut einlud (*Bulletin corporatif* 1922, S. 360). Die inhaltliche Arbeit der Frauensektion konzentrierte sich vor allem auf die Bereiche ‚Politisches Engagement‘ und ‚Berufliche Qualifikation‘, die nachfolgend genauer vorgestellt werden.

2b. Politisches Engagement

Eines der Themen, das um 1918 in den Protokollen vorherrschte, war die Diskussion um das Frauenstimmrecht, das auch stark im Zusammenhang mit der Erziehung und Ausbildung der Mädchen und mit gewerkschaftlichen Anliegen stand. Es ging darum, einerseits als Teil der Nation gleichberechtigt zu sein und andererseits um individuelle Emanzipation aus der häuslichen Ein- und Unterordnung. Die Sitzung vom 29. November 1917, zu der an die fünfzig Frauen erschienen, schloss mit einem Vortrag von Edmond Privat zum Frauenstimmrecht, worauf hin eine rege Diskussion entstand (*Éducateur* 1917, S. 771). Auch das Diskutieren selbst wurde von den Frauen als eine wichtige politische Praxis angesehen. Damit die Lehrerinnen gewandt diskutieren konnten, hatten sie daher beschlossen, das Diskutieren zu üben, um ihre Meinungen frei äußern zu können (*Éducateur* 1919, S. 118).

Bei der Diskussion um Arbeit und Frau ging es sowohl darum, Gleichheit und Anerkennung in der Lohnarbeit sowie in der Familien- und Versorgungsarbeit zu erreichen. Hierzu gehörte unter anderem die Forderung nach dem Recht auf eigenständige und menschenwürdige Arbeit zu gleichem Lohn. Im März 1919 wurde André de Maday³, Professor an der Universität Neuchâtel und Lehrer an der Schule für Soziale Arbeit in Genf eingeladen, einen Vortrag zum Recht der Frauen auf Arbeit zu halten. Er plädierte dafür, dass Frauen wie Männern die gleichen Rechte zugesprochen werden müssen. Die Frau habe immer einen wichtigen Beitrag für die Gesellschaft geleistet, auch als Mutter und Versorgerin (*Éducateur* 1919, S. 181). Um dieser Forderung mehr Gewicht zu verschaffen, organisierte die Frauensektion gemeinsam mit der „Vereinigung zugunsten des Frauenstimmrechts“ (*Association pour le suffrage des femmes*) eine öffentliche Veranstaltung zum Thema „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“. Emilie Gour sprach in der Einführung, dass jetzt der Zeitpunkt für eine öffentliche Diskussion gekommen sei und dass der Rechtsanspruch eingefordert und realisiert werden solle. De Maday, der bereits an der Sitzung der „Section dames“ zum Recht der Frau auf Arbeit referiert hatte, stellte die „ökonomische Sichtweise“ der Forderung dar (*Éducateur* 1919, S. 211f.). Die Forderung nach ökonomischer Gleichstellung der Geschlechter wurde vor allem nach dem Ersten Weltkrieg erhoben, da eine Verwirklichung der Forderung nach gleichem Lohn für gleiche Arbeit als nicht realisierbar eingeschätzt wurde.

3 Seine Frau, Marthe de Maday-Hentzelt war Professorin am Institut Jean-Jacques Rousseau und schrieb Bücher zu Themen wie Mutterliebe sowie Kind, Mutter und Gesellschaft.

Weitere wichtige Themen waren in den Zwanziger Jahren die Folgen des Krieges und die Friedensbestrebungen. Im Jahresbericht der Frauensektion ist beispielsweise aufgeführt, dass das Werk der „Union des femmes de Genève“, das immer wieder finanziell und ideell großzügig unterstützt wurde, im Jahre 1918 eine Spende von 2.415,05 Franken zugunsten der Kriegsoffer erhielt (Éducateur 1919, S. 118). Durch Vermittlung von Alice Descoedres wurde 1924 Herr G. Spiller eingeladen, der den Projektplan einer Kampagne ausführte, die einen zweiten Weltkrieg zu verhindern beabsichtigte. Die Frauensektion beschloss, diese Kampagne ideell und finanziell zu unterstützen (Bulletin corporatif 1924, S. 202).

Nicht nur gesellschaftspolitisch, auch standespolitisch und standesrechtlich war die Frauensektion aktiv. Drohende Lohnkürzungen veranlassten die Frauensektion, sich vereint mit der Gesamtorganisation der Genfer Pädagogen gegen dieses Projekt aufzulehnen (Bulletin corporatif 1922, S. 359). Gegen den politisch gefällten Entscheid, verheirateten Beamtinnen den Lohn zu kürzen, wehrte sich die Frauensektion mit einem Brief an die Vertreter der Exekutive und Legislative (Bulletin corporatif 1924, S. 27). Die Situation der verheirateten Lehrerinnen drohte 1925 wegen Arbeitsmangel zu eskalieren, als über Arbeitszeitbegrenzungen diskutiert und mit dem Argument begründet wurde, neu ausgebildete Lehrerinnen und Lehrer nicht in die Arbeitslosigkeit zu schicken. Man beschloss, an der außerordentlichen Sitzung vom 22. Oktober das Recht der verheirateten Frauen auf ihre Berufsausübung zu unterstützen und bildete eine Kommission, die an den Bildungsdirektor des Kantons Genf einen Aufruf verfasste (Bulletin corporatif 1925, S. 330f.). An der nächsten Sitzung im Dezember wurden soziale, moralische, ökonomische und rechtliche Argumente vertieft diskutiert, um einen zweiten Brief zu versenden, der an die Argumente des ersten anschloss (Bulletin corporatif 1925, S. 376ff.). An der außerordentlichen Sitzung vom 9. März 1926 wurde erneut eingehend über die Situation der verheirateten Lehrerinnen, über das weitere Vorgehen und das Treffen mit den Regierungsräten des Kantons Genf und verschiedenen Organisationen diskutiert. An der Sitzung vom 12. März wurde über das erfolgte Treffen berichtet. In der anschließenden Diskussion rang man um eine einheitliche Meinung – dass die Haltung zur Frage der verheirateten Lehrerin einheitlich sein musste, war allen klar und auch statuarisch festgehalten – nur tat man sich mit der Alterslimite für die Frühpensionierung der verheirateten Lehrerinnen aus verschiedenen Gründen⁴ schwer (Bulletin

4 Die einen wünschten eine Differenzierung zwischen Frauen, mit und ohne Kinder, andere diskutierten über unterschiedliche Rentenalter je nach Status der Frauen (verheiratet, verwitwet).

corporatif 1926, S. 105). Die „Union des femmes“ solidarisierte sich mit den Genfer Lehrerinnen und schrieb einen Protestbrief an den Regierungsrat. Die Männer der Vereinigung der Genfer Pädagogen wurden in die Arbeit der Frauen miteinbezogen und gebeten, Rückmeldungen zum Briefverkehr zu geben (Bulletin corporatif 1926, S. 120f.).

2c. Berufliche Qualifikation

Im Gegensatz zu den Lehrerinnenorganisationen im deutschsprachigen Raum der Schweiz, die sich vorwiegend mit standespolitischen Themen und der Stellung der Frau auseinandersetzten, wurden in der Frauensektion der Vereinigung der Genfer Pädagogen öfters auch erzieherische Probleme und methodische Fragestellungen diskutiert. Es wurden Empfehlungen zu Büchern gegeben, die teils auch zu Subskriptionspreisen angepriesen wurden wie z.B. 1921 *L'Ecole active* von Adolphe Ferrière, deren Lektüre auch als eine Form von Weiterbildung angesehen werden konnte (Bulletin corporatif 1921, S. 28). Ende 1921 wurde eine Arbeitsgruppe zur Revision des Curriculums für die siebte Klasse eingesetzt. Unter anderen war auch Alice Descoedres Mitglied. Die Annäherung von Kindergarten (*école enfantine*) und Grundschule stand auf der Traktandenliste der Sitzung vom 1. Oktober 1924. Der auf dieser Sitzung eingebrachte Vorschlag, eine Zusammenkunft der Lehrerinnen des Kindergartens und der Grundschule zu organisieren – eine Anfrage von Albert Malche (1876 bis 1956) – wurde begrüßt (Bulletin corporatif 1924, S. 309). Albert Malche lehrte an der Universität Genf und am Institut Jean-Jacques Rousseau experimentelle Pädagogik und Geschichte der Pädagogik. Von 1927 bis 1930 saß er im Genfer Regierungsrat und anschließend im Ständerat.

Zu Vorträgen von Ernest Bovet über den Geschichtsunterricht und die Solidarität des Volkes sowie über nationale Minderheiten wurde im Oktober 1924 eingeladen. Werbend wurde vermerkt, dass kurz zuvor am pädagogischen Kongress Bovets Vorträge „warmen Zuspruch“ erhalten hätten (Bulletin corporatif 1924, S. 310). Ein Bericht über ihre Eindrücke an belgischen Schulen zur Decroly-Methode eines Mitglieds der Frauensektion bot Alice Descoedres Gelegenheit, aus ihren Erfahrungen als Praktikantin bei Decroly diese Methode darzustellen (Bulletin corporatif 1926, S. 75f.). Diese Ausführungen belegen nicht nur, dass die Frauensektion sich aktiv mit dem Berufsfeld der Lehrerin auseinandergesetzt hatte und um eine Weiterbildung bemüht war, zugleich zeigen sie auch eine beeindruckende Bandbreite der behandelten Themen.

Die thematische Breite, die kennzeichnend ist für das politische Engagement und die Auseinandersetzungen der Frauensektion mit der beruflichen Qualifizierung von Frauen, hatte nicht nur zur Voraussetzung, dass sich Frauen auf vielfältige Weise in der Sektion engagierten, sie war zugleich auch eine Bedingung für ihre Attraktivität. Sie ermöglichte es Frauen, sich auf unterschiedliche Weise mit ihren Kompetenzen und Interessen in der Sektion einzubringen, was letztlich auch für ihre gesellschaftspolitische Wirkung von Bedeutung war. Auf diese Weise entstanden zwischen den engagierten Frauen kontinuierliche und dauerhafte Beziehungen, die begrifflich mit dem Konzept des „Netzwerks“ erfasst und analysiert werden können.

3. Das Netzwerk der Frauensektion

Die Analyse der Protokolle der Frauensektion hat gezeigt, dass die Frauen in einem dicht verwobenem Netz von Beziehungen, sowohl untereinander als auch mit Männern in führenden Positionen verbunden sind. Folgt man Hanna Arendt (1970) dass „Macht der Fähigkeit entspringt, nicht nur zu handeln oder etwas zu tun, sondern sich mit anderen zusammenzuschließen und im Einvernehmen mit ihnen zu handeln“ (S. 45), dann kann davon ausgegangen werden, dass soziale Netzwerke Grundlage kollektiver Macht sind. Mittels einer systematischen Netzwerkanalyse kann eine differenzierte Beschreibung der Interaktionsgefüge der personalen Netzwerke gemacht werden. Es gelingt dabei, die Komplexität der Zusammenhänge von pädagogischen, politischen, sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklungen aufzuschlüsseln. Der sozial-strukturell ausgerichtete Netzwerkansatz erachtet die soziale Welt als rekonstruierbar auf der Basis der Beziehungen, die soziale Einheiten wie Personen oder Organisationen untereinander pflegen. Die Grundannahme ist dabei, dass die Beziehungen und Positionen von Akteuren in Netzwerken Auswirkungen auf das Verhalten, die Wahrnehmungen und die Einstellungen von sozialen Einheiten haben. Umgekehrt werden Präferenzen und Wissen durch den Kontext mitgeprägt (vgl. Boissevain 1974, S. 26ff.). Wenn soziale Beziehungen wiederholt vorkommen oder dauerhaft angelegt sind, erzeugen sie unter den Akteuren bestimmte Ordnungsmuster. Diese Muster sozialer Beziehungen weisen unterschiedliche Formen auf und können im Grad ihrer Größe, Verbundenheit, Hierarchie, Multiplexität und Dichte unterschieden werden (vgl. Wassermann/Faust 1994).

Wischermann hat Kommunikations- und Interaktionsformen der deutschen Frauenstimmrechts- und Sittlichkeitsbewegung im selben Zeitraum wie

die hier vorliegende Analyse untersucht und nach den Erfolgsbedingungen gefragt. Sie konnte drei miteinander verschränkte Ebenen des einflussreichen Agierens erschließen: Bewegungskulturen, Bewegungsöffentlichkeiten und öffentliche Meinung/Publicität. Unter „Bewegungskultur“ versteht Wischermann ein Netz persönlicher Freundschaften, wie sie etwa Frauencubs oder gesellige Veranstaltungen abbilden. Mit dem Begriff „Bewegungsöffentlichkeiten“ fasst sie Vortragsreisen, Schulungsangebote oder Versammlungen, die der eigentliche Motor der Frauenbewegung sind. Aber ohne Präsenz auf der Ebene der öffentlichen Meinung beispielsweise durch Einmischung in die etablierte politische Öffentlichkeit würden diese Bewegungen kaum wahrgenommen (vgl. Wischermann 2003, S. 12ff.).

Freundschaftliche Beziehungen und emotionale Verbundenheit stärkten die Frauenrechtlerinnen und Frauenrechtler. Gleichzeitig trugen die freundschaftlichen Beziehungen wesentlich zum Zusammenhalt der Organisationen bei. Die Datenbasis für die Netzwerkanalyse stammt aus Protokollen der Frauensektion sowie aus dem Organ der westschweizerischen Lehrerinnen- und Lehrerorganisation. Diese Daten bilden einen Teil der öffentlichen Diskussion ab, begrenzt auf ein spezifisch pädagogisches Umfeld. Sie sind zu wenig differenziert, um eine vollständige Netzwerkanalyse vorzunehmen. Auch lässt sich nicht zuverlässig bestimmen, ob die Beziehungen, wie etwa bei einer Informationsweitergabe, gerichtet sind, da gerade in politischen Netzwerken Informationen mit Gegeninformationen ‚bezahlt‘ werden. Die Rekonstruktion des Netzwerkes basiert auf sozialen Beziehungen wie Übermittlung von Informationen, Freundschaften und Feindschaften zwischen Personen oder Personengruppen, Teilnahme an Veranstaltungen.

In Abbildung 1 ist das Beziehungsgeflecht der Institutionen dargestellt, mit denen die Frauensektion in Verbindung stand. Die Beziehungen sind definiert als ‚Mitarbeit‘ oder ‚finanzielle Unterstützung‘. Die degree-basierte Netzwerkzentralisierung⁵ erfasst, ob einer der Akteure des Netzwerkes in herausragendem Maße an den direkten Beziehungen der Akteure im Netzwerk beteiligt ist. Die Analyse zeigt ein Beziehungsmuster, in dem keine der Institutionen im Zentrum steht. Das Netzwerk ist relativ dicht, erreichen doch zwei Institutionen 4 und weitere zwei 3 von 6 maximal möglichen Beziehungen.

5 Der Degree eines Punktes (Akteurs) wird über die Zahl der Linien (Beziehungen) definiert, die ihn berühren. Punkte mit hohem Degree sind Akteure, die im Netzwerk einen hohen Aktivitätsgrad aufweisen (Jansen 2006, S. 96).

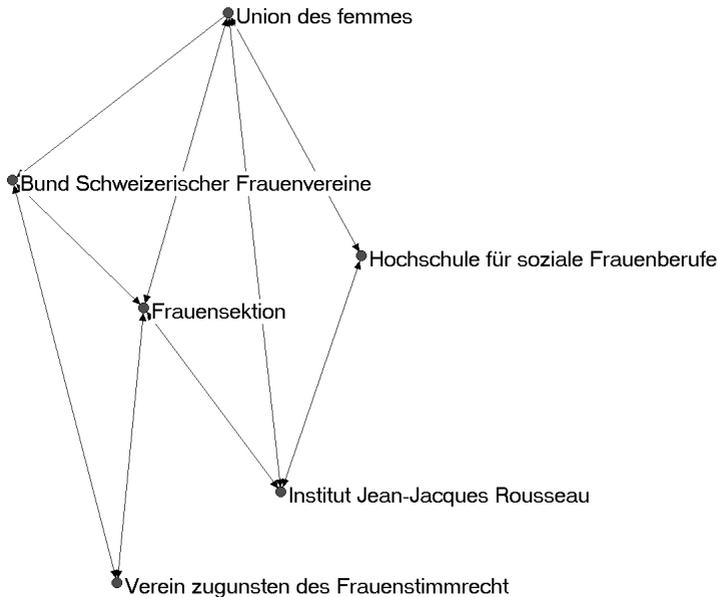


Abbildung 1: Beziehungsgeflecht der Institutionen

Wird die Frauensektion personalifiziert, d.h. mit den ihr verbundenen Personen betrachtet (siehe Abbildung 2), verdichtet sich das Beziehungsnetz. Als Beziehungen gelten Mitgliedschaft, Mitarbeit sowie Vortragende. Die Zentralität ist ein netzwerkanalytisches Konzept, das nach der Wichtigkeit oder der öffentlichen Sichtbarkeit von Akteuren in Netzwerken fragt. Wenn davon ausgegangen wird, dass derjenige Akteur prominent im Netzwerk ist, der an vielen Beziehungen im Netzwerk beteiligt ist, dann stehen Pieczynska und Descoeurdes an zentraler Position. Bei den Institutionen sind es die Frauensektion, auf der der Fokus der Untersuchung liegt und das „Institut Jean-Jacques Rousseau“, die den höchsten Degreewert aufweisen.

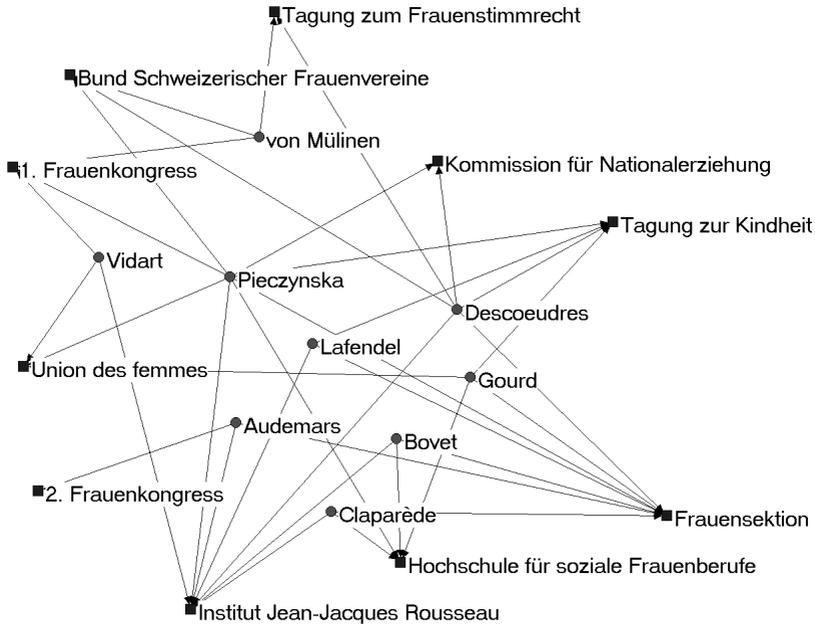


Abbildung 2: Beziehungsgeflecht zwischen Personen und Institutionen

Die Analyse der Personen rund um das „Institut Jean-Jacques Rousseau“ zeigt, dass diese unabhängig von ihrer Geschlechtszugehörigkeit eine tendenziell positive Beziehung zur Frauenbewegung hatten. Die Männer hielten Vorträge an Veranstaltungen mit Frauenanliegen, sie engagierten sich auch, dass Frauen eine qualifizierte Bildung erhielten, und unterstützten sie in ihrer Berufslaufbahn. Zudem agierten einige Frauen aus dem Umfeld des Instituts wie Camille Vidart, Alice Descoeudres, Mina Audemars und Louise Lafendel direkt in Frauenorganisationen. Es gab einzelne Frauen aus der Deutschschweiz, wie die Berner Psychologin Franziska Baumgarten, die eng mit Edouard Claparède und Pierre Bovet, den führenden Köpfen des Instituts, zusammenarbeiteten. Sie informierte in der Schweizerischen Lehrerinnenzeitung regelmäßig über neueste Erkenntnisse aus Studien, die am Institut gemacht wurden.

4. Fazit

Die netzwerkanalytische Wahrnehmung der Geschlechter im Umfeld der Frauensektion der Vereinigung der Genfer Pädagogen und die inhaltliche Analyse der Protokolle zeigen, dass die Frauen im öffentlichen Diskurs eine wichtige Rolle spielten und sich auch berufliche Positionen erarbeitet hatten, die mit denjenigen ihrer männlichen Kollegen vergleichbar waren. Sowohl in allgemeinen gesellschaftlichen Belangen als auch in frauenpolitischen Anliegen gelang es ihnen, sich erfolgreich zu positionieren und ihre politischen Zielsetzungen zu erreichen. Ein wichtiger Grund hierfür kann sicherlich in ihrer breiten Vernetzung gesehen werden, die folgende systematische Kennzeichen aufweist:

- Vernetzung von Frauen mit dezidiert gesellschaftspolitischen *und* berufspolitischen Anliegen,
- Vernetzung auf gesellschafts- und berufspolitischer Ebene jenseits der Geschlechterdichotomie,
- Vernetzung über bildungspolitische Aktivitäten (Konferenzen, Vorträge etc.),
- Vernetzung aufgrund vielfältiger publizistischer Aktivitäten.

Als entscheidende Grundlage für die gesellschafts- und berufspolitische Wirksamkeit der Genfer Frauen sind neben dem politischen Engagement aber vor allem auch ihre herausragenden beruflichen und wissenschaftlichen Leistungen anzusehen. Aufgrund der breiten Anerkennung dieser Leistung innerhalb der Öffentlichkeit waren sie als Professorinnen, Lehrerinnen, Autorinnen, Erzieherinnen und Organisatorinnen ebenso gefragt wie ihre männlichen Kollegen und in Unterricht und Forschung integriert.

Dennoch waren ihre Möglichkeiten auch begrenzt, denn den Frauen war der Zugang zu institutionellen Gremien, in denen politische und ökonomische Entscheidungen fielen, wie beispielsweise in den kommunalen Verwaltungen und parlamentarischen Gremien, verwehrt. Daher waren sie in diesen Bereichen verstärkt auf die Zusammenarbeit mit Männern angewiesen, die ihre Positionen teilten. Auf Grund dieser Kontakte gelangten sie nicht nur an wichtige Informationen, etwa verwaltungsinterne Planungen und Maßnahmen, sondern nur hierdurch konnten sie hoffen, dass die Männer ihre Anliegen in den politischen Gremien unterstützten. Dies bedingte die Fähigkeit zu gutem Taktieren und zum fundierten Argumentieren. Förderlich war in diesem Zusammenhang allerdings auch, dass einige Frauen ein gutes familiales Beziehungsnetz zu Männern in politischen Gremien oder wichtigen Funktio-

nen hatten, da auch hier Verständnis für die Anliegen der Frauen entstehen konnte. Dass Camille Vidart der Direktion des „Instituts Jean-Jacques Rousseau“ angehörte, verweist damit sowohl auf eine spezifische Sonderstellung des Instituts im Kontext der frauenpolitischen Aktivitäten des Genfer Netzwerkes als auch auf die schlichte Tatsache, dass die Frauen auch im bildungspolitischen Diskurs ernst genommen wurden.

Literatur

- Arendt, Hannah (1970): Macht und Gewalt, München
- Bock, Gisela (2000): Frauen in der europäischen Geschichte, München
- Boissevain, Jeremy (1974): Friends of Friends: Networks, Manipulators and Coalitions, Oxford
- Lenz, Ilse (2004): Frauenbewegungen: Zu den Anliegen und Verlaufsformen von Frauenbewegungen als sozialen Bewegungen, in Becker, Ruth/Kortendiek, Beate (Hg.): Handbuch Frauen- und Geschlechterforschung. Theorie, Methoden, Empirie, Wiesbaden
- Jansen, Dorothea (2003): Einführung in die Netzwerkanalyse, Wiesbaden
- Leuch-Reineck, Annie (1928): Die Frauenbewegung in der Schweiz. Ihr Werden, ihr Wirken, ihr Wollen, Zürich
- Sutter, Eva (1998): Frauen. Macht, Geschichte: Frauen- und gleichstellungspolitische Ereignisse in der Schweiz 1848 – 1998, Bern
- Wasserman, Stanley/Faust Katherine (1994): Social network analysis. Methods and applications, Cambridge
- Wischermann, Ulla (2003): Frauenbewegungen und Öffentlichkeiten um 1900. Netzwerke Gegenöffentlichkeiten – Protestinszenierungen, Königstein
- Woodtli, Susanna (1983): Gleichberechtigung. Der Kampf um die politischen Rechte der Frau in der Schweiz, Frauenfeld

Zeitschriften

- Éducateur et bulletin corporatif de la Société pédagogique de la Suisse romande. Année 26(1890) – 66(1930)
- Bulletin corporatif de la Société pédagogique de la Suisse Romande. Année 1(1921) – 10(1930)